

Von der Politik der sozialen Inklusion zur Prekarisierung von Arbeit und Demokratie in Brasilien

KATHARINA HOFMANN
DE MOURA

Die Regierungen unter Führung der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) konnten in der Vergangenheit in Brasilien große Fortschritte im Arbeits- und Sozialbereich erzielen. Das politische System aber konnte nicht wirklich reformiert werden. Die traditionellen Eliten halten die Macht weiterhin in Händen, wie das Impeachment gegen Dilma Rousseff zeigte. Die neue rechtsgerichtete Regierung unter Präsident Michel Temer will nun viele dieser Errungenschaften wieder zurücknehmen. Für die gesplittete Gewerkschaftsbewegung Brasiliens stellt dies eine große Herausforderung dar.

■ Einleitung: Zurück in die Vergangenheit?¹

Noch 2013 lautete die hoffnungsfrohe Formel »Brasilien macht sich gerade auf den Weg zu mehr Demokratie«². Inzwischen aber wird deutlich, dass ein vorläufiger Stillstand der jungen Demokratie und auch ein vorläufiges Ende der linken Politik sicher ist. Die Hoffnung auf mehr Demokratie, die sich mit den Protesten im Jahr 2013 und der Forderung nach besseren öffentlichen Dienstleistungen verband, hat sich nach der Amtsenthebung von Rousseff 2016 ins Gegenteil verkehrt. Während seit Inkrafttreten der Verfassung von 1988 die sozialen Rechte auch unter den Vorgängerregierungen der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) stets ausgebaut wurden, ist nun ausschließlich mit Einschnitten zu rechnen.

Katharina Hofmann de Moura: stellvertretende Büroleiterin in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Brasilien. Sie betreut die Arbeitslinien Arbeit und Soziales, Frieden und Sicherheit und Internationale Beziehungen Brasiliens. In den letzten zehn Jahren hat sie für die FES in Berlin, China und Mosambik gearbeitet.

Schlagwörter: Gewerkschaften, Partido dos Trabalhadores (PT), Michel Temer, Brasilien.

1. Die Sozialstruktur hat sich zwar verbessert, aber eine signifikante Umverteilung blieb aus (Instrumente wären hier Steuer- und Landreformen), so stimmt das Zitat von 1980 noch immer: »Die Herrschaft der traditionellen Familien, Paternalismus und ein tief eingewurzelter Autoritarismus bestimmen das politische und soziale Leben Brasiliens«. Hans-Jürgen Krüger: »Gewerkschaften in Brasilien. Auf der Suche nach einer demokratischen Identität«, ILDES, Rio de Janeiro, 1980, verfügbar unter <www.library.fes.de>.

2. Oliver Stunkel: »Wir sind dabei, ein seriöses Land zu werden« in *Zeit online*, 25.6.2013.

Angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Krise wird deutlich, dass 28 Jahre demokratische Verfasstheit und 13 Jahre Regierungskoalitionen unter Führung der Arbeiterpartei bei Weitem nicht ausreichen, um dieses sehr heterogene und große sowie bevölkerungsreiche Land in seinen sozialen und makroökonomischen Strukturen grundlegend zu verändern. Zwar gelangen beeindruckende Erfolge bei der Reduktion von Armut und sozialer Ungleichheit sowie eine Ausweitung der internationalen Präsenz des Landes. Dennoch hat Brasilien einen internationalen Spitzenplatz inne, was Ungleichheit und, eng damit verbunden, auch Gewalt angeht: so wurden etwa im Jahr 2014 60.000 Menschen ermordet³. In dem kontinentalen Land bestehen unterschiedlichste Entwicklungsniveaus (mal vergleichbar dem von Norwegen, mal dem

**Das kurze historische
Zeitfenster, in dem die
Regierungen Cardoso,
Lula und Dilma erfolgreich
versuchten, soziale
Ungerechtigkeiten
zu minimieren,
ist geschlossen ■**

von Guinea Bissau) sowohl innerhalb der großen Städte als auch auf regionaler Ebene parallel nebeneinander.

Brasilien ist trotz großer Verbesserungen seit der Re-Demokratisierung im Jahr 1988 noch immer verhaftet in der systemischen Spaltung, die Kolonialisierung und das auf Ressourcen-Extraktion, Monokulturen und billigen Arbeitskräften aufbauende Wirtschaftssystem mehr als 500 Jahre lang schuf. Das kurze historische Zeitfenster, in dem die Regierungen von Fernando Henrique Cardoso, Luiz Inácio Lula da Silva und Dilma Rousseff erfolgreich versuchten, soziale Ungerechtigkeiten zu minimieren, ist geschlossen. Viele Empfänger_innen der Sozialprogramme drohen wieder in die Armut abzugleiten.

Ein Grund für das Ausbleiben struktureller Reformen: Der hoch verschuldete Staatshaushalt ist auf Staatsanleihen der brasilianischen Banken angewiesen (bei einem sehr hohen Leitzins von 14 %). Diese Banken befinden sich in den Händen einer oligarchischen Oberschicht, bestehend aus etwa sechs Großfamilien, die gleichzeitig im Besitz von Medienunternehmen wie »Globo« sind. Aus dieser Abhängigkeit konnten sich auch die PT-geführten Koalitionsregierungen nicht befreien. Sie haben sich also den Strukturen angepasst, um zumindest

3. Damit werden in Brasilien mehr Menschen ermordet als in jedem anderen Land außerhalb eines Kriegsgebietes. Kenneth Rapoza: »Brazil is Murder Capital of the World« in <www.forbes.com>, 20.1.2016. Siehe auch Kathryn Hochstetler: »#Muda Brasil: The Protests are Too Broad for Their Own Good« in *Foreign Affairs*, 9-10.2016, S. 102 ff., verfügbar unter <www.foreignaffairs.com/articles/139526>

Fortschritte in der Sozialpolitik zu erreichen. Die große Revolution blieb aus – sie würde einen wirtschaftlichen und politischen Bruch mit den alten Eliten erfordern, wie es ihn in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und im Rahmen der Achtundsechzigerbewegungen gab. Ein solcher Bruch ist derzeit in Brasilien nicht möglich. Sowohl die Struktur des politischen Systems, das eine Präsidentschaftsdemokratie mit einer Vielzahl von programmlosen Parteien im Kongress kombiniert, als auch die wirtschaftlichen Konjunktur stehen einem solchen Umbruch im Wege.

Während unter Lulas Präsidentschaft (2003-2010) das Land von hohen Wachstumswerten profitiert hat (sie lagen konstant zwischen vier und sechs Prozent), befand sich die Regierung von Rousseff in der wirtschaftlichen Defensive. Verantwortlich dafür waren nicht zuletzt die sinkenden Preise für Rohstoffe und Agrarprodukte auf dem Weltmarkt, die vor allem die Ölindustrie trafen, sowie die sinkende Nachfrage nach Rohstoffen aus China (z.B. nach Eisen). Brasilien gehört zu den Ländern, die weltweit am stärksten vom wirtschaftlichen Einbruch in China getroffen wurden. Zudem hatte sich das noch unter Lula erfolgreiche sozial-inklusive Entwicklungsmodell, das auf der Ausweitung der Sozialprogramme, des privaten Konsums und großer öffentlicher Infrastrukturprogramme beruhte, inzwischen erschöpft.

Der Korruptionsskandal um Schmiergeldzahlungen der staatlichen Erdölfirma Petrobras und der Baufirma Odebrecht an Politiker_innen machte die PT angreifbar und verletzlich. In diese Wunde stach die noch immer bestens im politischen und wirtschaftlichen System installierte Oberschicht mit Hilfe ihrer Medienkonglomerate und juristischer Instrumente, die sie geschickt und von langer Hand geplant einsetzte. Zudem haben sich einige Funktionäre der PT der Korruption schuldig gemacht und dies ermöglichte eine Hetzjagd auf die gesamte Partei.

»Eine historische Ungerechtigkeit«⁴ ist das Impeachment von Dilma Rousseff, die nachweislich nicht korrupt war und dennoch abgestraft wurde – de facto für ihre verfehlte Wirtschaftspolitik und *nicht* wie offiziell angeführt für eine *kriminelle Verletzung ihrer Verantwortung (crimen de responsabilidade)*. Das Impeachment ist dennoch logische Konsequenz aus Sicht der neofeudalen Elite, konnte Rousseff doch im Gegensatz zu Lula nicht die wirtschaftliche Stabilität und Popularität des Landes garantieren, über die Investitionen angelockt

4. Jens Glüsing: »Eine historische Ungerechtigkeit« in: *Spiegel Online*, 1.9.2016, unter <www.spiegel.de/politik/ausland/michel-temer-folgt-in-brasilien-dilma-rousseff-das-system-schlaegt-zurueck-a-1110309.html>.

wurden. Nach dem Missbrauch des Instrumentes der Amtsenthebung sowie der Missachtung des Willens der Wähler_innen (Rousseff erzielte mit 54 Millionen Stimmen den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014) werden nun die zuvor erkämpften Rechte gekappt – wie zum Beispiel die kontinuierlich erhöhten Mindestlöhne, die Formalisierung von prekärer Arbeit und die Sozialprogramme zur Bekämpfung von Armut und für soziale Inklusion (u.a. das Programm Bolsa Família, Programme des sozialen Wohnungsbaus und Alphabetisierungsprogramme).

Dieser Artikel zeigt auf, was die Linke im Bereich Arbeit und Soziales erreicht hat, was die neue Regierung unter Präsident Michel Temer dort bis Ende 2018 durchsetzen könnte und wo die Herausforderungen für die Gewerkschaften liegen.

■ **Gewerkschaften im Rechtsruck? Organisationsgrad und historische »Systemfehler«**

In der Gewerkschaftslandschaft reflektiert sich die derzeitige Spaltung, aber auch die historische Schwäche der brasilianischen Gewerkschaften: Während sich der zweitgrößte Gewerkschaftsdachverband Força Sindical mehrheitlich für ein Impeachment ausgesprochen hat, lehnen die Central Única dos Trabalhadores (CUT) und die Confederação dos Trabalhadores do Brasil (CTB) die neue Regierung ab und bezeichnen den Amtsenthebungsprozess als »golpe«, also als Putsch oder Staatsstreich. Am 1. Mai 2016 traten die Gewerkschaften getrennt auf. Die politische Spaltung nimmt innerhalb der Gewerkschaften ebenso zu wie im Rest der Gesellschaft. Auch beim IndustriAll Kongress vom 5. bis 7. Oktober 2016 in Rio de Janeiro mit 1.300 Delegierten aus 140 Ländern, zeigten sich die Gewerkschaften des Gastlandes Brasilien gespalten.

Auch wenn innerhalb Lateinamerikas die brasilianischen Gewerkschaften in der letzten Dekade politischen Einfluss geltend machen und linke Politik mitgestalten konnten, so ist ihr Einfluss auf die Verbesserung von Arbeitsrechten in Brasilien selbst gering. Die Vielzahl der brasilianischen Gewerkschaften (insgesamt etwa 10.000) und der starke sektorale und lokale Zuschnitt verhindern ebenso wie die Spaltung der Dachverbände ausreichende Mobilisierungskraft.

Die Industrialisierung Brasiliens begann Ende des 19. Jahrhunderts; der Industriesektor konnte sich jedoch gegen die Übermacht der exportorientierten Agraroligarchie nicht durchsetzen. Erst 1930 ergriff mit Getúlio Vargas (Präsident von 1930 bis 1945) die Industriefraktion der brasilianischen Bourgeoisie

die Macht und setzte alle Instrumente des Staates zur Förderung einer import-substituierenden Industrialisierung ein. Dieser historische Einschnitt bedeutete nicht die völlige Entmachtung des Agrarsektors, der bis heute mächtig ist. Doch durch die Industrialisierung entstand eine Arbeiterbewegung und mit ihr ein Gewerkschaftswesen. Die Mitgliederzahlen waren niedrig und aufgrund des Einflusses italienischer und spanischer Einwanderer_innen unter den Arbeiter_innen waren die jungen Gewerkschaften stark von anarcho-syndikalistischen Zügen geprägt⁵. Das noch heute gültige Arbeitsgesetzbuch (Consolidação das Leis do Trabalho, CLT) stammt aus dem Jahre 1943 und ist in Form und Inhalt in vielen Teilen der faschistischen Arbeitsgesetzgebung Italiens nachgebildet worden⁶.

**Durch die Industrialisierung
entstand eine
Arbeiterbewegung
und mit ihr ein
Gewerkschaftswesen ■**

Die autoritäre Politik schloss gewerkschaftliche Handlungsfreiheit bis Ende der 1970er Jahre praktisch aus. Im Laufe der 1970er Jahre entwickelte sich in der Automobilindustrie São Paulos eine neue authentische Gewerkschaftsbewegung, der auch der spätere Präsident Lula angehörte. Sie löste 1978 eine Streikwelle aus, die schließlich die Lohnpolitik der Militärregierung brach und den Anfang des »novo sindicalismo«⁷ darstellte. Diese neue Gewerkschaftsbewegung verlagerte die Gewerkschaftsarbeit auf die betriebliche Ebene und schloss sich anderen linken Bewegungen an⁸.

Dennoch ist das brasilianische Gewerkschaftsmodell bis heute durch die Abgabe einer *Gewerkschaftssteuer* geprägt, die in der Lohnabrechnung obligatorisch dem Entgelt eines Arbeitstages pro Jahr eines jeden Beschäftigten entspricht⁹. Auch die *Kollektivverhandlungen* sind reglementiert: Es gibt die Kollektivvereinbarung, die zwischen Gewerkschaft, Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber getroffen wird und das Kollektivabkommen, das zwischen der Gewerkschaft und einem bzw. mehreren Unternehmen ausgehandelt wird. Streitfragen

5. H.-J. Krüger: op. cit.

6. Vgl. ebd.; Jochen Steinhilber und Waldeli Melleiro: »Zur Sonne, zur Freiheit? Gewerkschaftspolitik in Brasilien« in: Dana de la Fontaine und Thomas Stehnen (Hg.): *Das politische System Brasiliens*, vs, Wiesbaden, 2011.

7. Unter dem »novo sindicalismo« versteht man die Entstehung neuer Gewerkschaften ab 1978, initiiert durch eine Streikwelle in der sogenannten ABC-Zone von São Paulo.

8. J. Steinhilber und W. Melleiro: op. cit.

9. Davon gehen 60 % an die Gewerkschaften, 15 % an die Verbände, 5 % an die Dachorganisationen und 20 % an den Fonds zur Unterstützung des Arbeiters, der u.a. die Arbeitslosenhilfe finanziert (diese gingen früher an das Arbeitsministerium).

werden auf Ebene der *Arbeitsjustiz* geregelt und in lokalen, regionalen und nationalen Arbeitsgerichten bearbeitet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zwischen 1931 und 1943 eine gewerkschaftliche Struktur geschaffen wurde, in welcher der Staat die gewerkschaftliche Zuständigkeit sowie die Erhebung und die Verteilung der Gewerkschaftssteuer bestimmte und für die Schlichtung von Konflikten sorgte. Bis 1930 gelang es weder eine starke Gewerkschaftsbewegung noch eine bedeutende sozialistische Partei aufzubauen. Die Schwäche der damaligen brasilianischen Gewerkschaften ausnutzend, schuf Getúlio Vargas eine Arbeitsgesetzgebung, die die Gewerkschaften in allen Bereichen des Handels und der Industrie zum Partner machte und ihnen Schutzrechte gewährte, sie aber zugleich einer Kontrolle durch das Arbeitsministerium unterwarf¹⁰. Für die Erneuerung von Tarifverträgen wurde eine Anpassung über durch die Regierung verkündete Indizes vorgenommen. Das Recht auf Streik wurde für den öffentlichen Dienst untersagt.

Die Organisationsform ist durch starke Untergliederungen nach Berufsgruppen und Gebietshoheit geprägt: In einem festgelegten Gebiet (pro Gemeinde) darf jeweils nur eine Gewerkschaft existieren, die das Vertretungsmonopol innehat. Dies verstößt gegen das Abkommen 87 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Vereinigungsfreiheit, das von Brasilien nicht ratifiziert wurde. Der Organisationsgrad lag in der letzten Dekade stabil bei 17 %, mit Schwerpunkten in der Metallindustrie, im öffentlichen Dienst und im Bankenwesen. Diese Faktoren führen zu »Gewerkschaftsmasse statt Massengewerkschaft«¹¹. In der Folge gibt es derzeit etwa 10.000 registrierte Einzelgewerkschaften, von denen die meisten nicht mehr als 5.000 Mitglieder haben.

Die Bildung der Gewerkschaftlichen Föderationen bzw. Zentralen in den 1980er Jahren war daher für die Gewerkschaftsbewegung von großer Bedeutung: 1983 wurde die CUT gegründet, die der 1980 gegründeten PT nahestand und -steht. Die CUT setzt sich für eine komplette Neuformulierung der Gewerkschaftsgesetzgebung ein, inklusive einem Zugeständnis der gewerkschaftlichen Freiheit und Autonomie, der Abschaffung des beschriebenen Prinzips der Einheitsgewerkschaft sowie der Gewerkschaftssteuer. In der Verfassungsgebenden Versammlung von 1988 wurde aber nur eine Reform der Gesetzgebung verabschiedet, da sich das in Opposition zur PT/CUT

10. H.-J. Krüger: op. cit.

11. J. Steinhilber und W. Melleiro: op. cit.

stehende Lager durchsetzte (vor allem Gewerkschaften traditioneller Sektoren wie Textil, Bau, Nahrungsmittel, Handel und Transport). Der Block um die PT vertrat die städtischen Berufsgruppen (in den Bereichen Chemie, Metall, Petroleumindustrie und Banken).

Mit der Verfassung von 1988 wurde die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden, die Erhöhung des Überstundenzuschlags, die Arbeitgeberentschädigung bei Kündigung und die Verlängerung des Mutterschutzes auf vier Monate festgeschrieben. Die Verfassung garantierte das Streikrecht und gestand Beamt_innen und öffentlichen Angestellten das Recht auf Organisation zu. Die in der Verfassung vorgesehene Erleichterung von Gewerkschaftsgründungen im Verbund mit der Beibehaltung der Gewerkschaftsabgabe aber führte zu einer Zunahme der Einzelgewerkschaften um 43 % zwischen 1991 und 2001¹².

Trotz der Phase des »novo sindicalismo« und der Entstehung stark politisierter Gewerkschaften war am Ende des Jahrzehnts von der gemeinsamen Identität der brasilianischen Arbeiterbewegung nicht mehr viel übrig. Gründe dafür sind die Ausdifferenzierung des Produktionsprozesses, die geografische Auffächerung der Produktionsstandorte, die hohe informelle Beschäftigung sowie die Polarisierung der Dachverbände. Selbst in der Ära Lula wurden zudem die drei Pfeiler der korporativen Gewerkschaftsregulierung (Gewerkschaftsabgabe, Ortsgebundenheit und Arbeitsgerichte) nicht aufgehoben. Zum einen war die CUT über die Frage intern nicht einig¹³ und zum anderen konnte keine Mehrheit im Kongress hergestellt werden, da viele Anläufe systemischer Reformen erfolgreich blockiert wurden (die PT verfügte über lediglich 20 % der Sitze im Kongress).

Selbst in der Ära Lula wurden die Pfeiler der korporativen Gewerkschaftsregulierung nicht aufgehoben ■

Derzeit gibt es sechs aktive Gewerkschaftszentralen: die Central Única dos Trabalhadores (CUT), die Força Sindical (FS), die União Geral dos Trabalhadores (UGT), die Nova Central Sindical dos Trabalhadores (NCST), die Confederação dos Trabalhadores do Brasil (CTB) und die Central dos Sindicatos do Brasil (CSB). Dabei ist die CUT mit fast vier Millionen Mitgliedern und einem auf der Gewerkschaftsabgabe beruhenden Jahresbeitrag in Höhe

12. Vgl. J. Steinhilber und W. Melleiro: op. cit.

13. Vgl. Michael Hall: »The Labor Policies of the Lula Government«, trabajo presentado en la conferencia »Brazil under Lula«, University of Illinois, Urbana-Champaign, 20.-21. April 2007.

von 55,24 Millionen Reais im Jahr 2016 die größte Gewerkschaftszentrale. Die Föderationen (auf Ebene des Bundesstaates) und die Konföderationen auf nationaler Ebene haben jedoch keine Tarifhoheit. Sie beschränken sich auf Repräsentation, Beratungsfunktionen gegenüber der Bundesregierung und den Landesregierungen sowie Fortbildungen und Veranstaltungen. Bis heute verfügen die Gewerkschaftszentralen, obwohl sie rechtlich anerkannt sind, nicht über Machtbefugnisse im Sinne gewerkschaftlicher Vertretung. Mit dem Argument, dass keine Konflikte bestehen, wurde das Recht auf gewerkschaftliche Vertretung in den Unternehmen verhindert¹⁴.

■ Bilanz: Soziale Erfolge der PT-geführten Koalitionen unter Lula und Dilma

Null Hunger! Ohne Zweifel ist die Armutsreduzierung der Haupterfolg der Regierungsjahre der PT. Schätzungen zufolge sind zwischen 2003 und 2010 etwa 28 Millionen Brasilianer_innen der Armut entkommen. Dies ist nicht allein auf die Sozialprogramme zurückzuführen, ohne diese wäre die Zahl aber zweifelsohne sehr viel niedriger. Auch wenn die Sozialprogramme schon unter der Vorgängerregierung eingeführt wurden, so war es doch Lula, der sie stark ausbaute. Er begann 2003 mit »Fome Zero« (Null Hunger), das durch das Bundesministerium für soziale Entwicklung und Hungerbekämpfung koordiniert wurde. Das Programm zielte dabei auf die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft in Form von Finanzierungen (Mikrokredite) und Versicherungen. Der verbesserte Zugang zu Nahrungsmitteln wurde durch den Aufbau eines staatlichen Netzes von Volksküchen, Nachbarschaftsküchen und Lebensmittelausgabestellen garantiert. Auch wurde die Nahrungs- und Ernährungsaufsicht verstärkt, etwa durch die Vergabe von Vitamin A und Eisen und den Aufbau von Räten für Nahrungs- und Ernährungssicherheit (CONSEA). Kern von »Null Hunger« wurde »Bolsa Família«, das auch über Brasilien hinaus in der Entwicklungszusammenarbeit viel zitiert und teils von anderen Armutsreduzierungsprogrammen kopiert wurde.¹⁵ »Bolsa Família« beruht auf dem Prinzip der sozialen Inklusion, da die Bargeld-Transfers nur unter Auflagen erfolgen; so sind sie gebunden an den Schulbesuch der Kinder und den Nachweis von Impfungen und Arztbesuchen. Hauptempfänger der Gelder sind Frauen (94 %). Während 2003 nur 3,6 Millionen Menschen Zugang zu den Zuschüssen zum Familienhaushalt hatten, sind es 2016 13,9 Millionen Menschen. Je nach Anzahl der Kinder und des Einkommens

14. Vgl. Maria Silvia Portella de Castro: *Die Gewerkschaftsbewegung bei der Gestaltung der Brasilianischen Demokratie: Erfahrungen und Perspektiven der CUT*, 1993.

15. Vgl. Anthony Pereira: »Bolsa Família and Democracy in Brasil« in *Third World Quarterly* B. 36 Nr. 9, 2015, S. 1684.

der Familie erhalten sie umgerechnet zwischen 10 und 99 Euro pro Monat. Die Armutsgrenze liegt bei 170 BRL (das sind ca. 45 Euro). Unter Rousseff wurde neben der Weiterführung der genannten Programme noch »Brasil sem Miséria« (Brasilien ohne Elend) eingeführt, das ebenfalls zur Steigerung der Familieneinkommen beitragen sollte. Zentrales Instrument ist das Programm »minha casa minha vida«. Es fördert den sozialen Wohnungsbau, der es Familien erlaubt, zu sehr geringen Preisen Wohnungen zu kaufen und diese zu geringen Zinssätzen abzuzahlen.

Höhere Mindestlöhne! Neben den Bargeldtransfer-Programmen gilt die kontinuierliche Anhebung des Mindestlohns zwischen 2003 (Amtsantritt Lula) bis 2016 (Impeachment) von 200 Reais auf 880 Reias als Meilenstein in der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Jahre unter PT-Regierung. Durch die Anhebung des Mindestlohns wurde der Binnenkonsum massiv angekurbelt. Die Renten stiegen ebenfalls, da sie an den Lohn gekoppelt sind.

**Durch die Anhebung
des Mindestlohns
wurde der Binnenkonsum
massiv angekurbelt ■**

Weniger Ungleichheit! Der Gini-Koeffizient Brasiliens liegt bei 0,53 und ist damit einer der höchsten der Welt. Allerdings liegt er nicht mehr so hoch wie in den 1990er Jahren. Zwischen 2003 und 2012 gelang es, den Staat zum zentralen Akteur einer Entwicklungsagenda zu machen, bei der der Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung war¹⁶. Mehr noch als auf die Einnahmen aus dem Rohstoffexport beruhte der wirtschaftliche Aufschwung in Brasilien auf dem Wachstum des Binnenmarktes (dies unterscheidet Brasilien vom Rest Lateinamerikas). Hier kam auch der demografische Faktor zum Tragen, da im genannten Zeitraum der größte Teil der Bevölkerung im produktiven Alter war (15-64 Jahre)¹⁷. Außerdem förderte das neue außenpolitische Engagement der Regierung Lula die Außenwirtschaftsbeziehungen, dies nicht nur mit den übrigen Mitgliedstaaten des Staatenbündnisses BRICS¹⁸, sondern auch innerhalb Lateinamerikas.

Rechte für Hausangestellte! Ein weiteres Thema rund um die Ausweitung der sozialen Rechte in der letzten Dekade war der gewerkschaftliche Kampf um

16. André Calixto Bojkian: »Nas fronteiras da desigualdade brasileira. Reflexões sobre as décadas de 1990 e 2000«, Análise, FES Brasil, Dezember 2014, S. 6.

17. Ebd.

18. Die Gruppe der BRICS wurde 2011 gegründet und besteht aus den großen Schwellenländern: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Das letzte Treffen der Gruppe fand am 15. und 16.10.2016 in Goa, Indien statt. Fragen rund um die BRICS-Entwicklungsbank, das Contingent Reserve Arrangement (CRA), das zur Änderung der Finanzmärkte beitragen soll, und Frieden und Sicherheit standen im Zentrum der Debatten. Siehe <www.bricspolicycenter.org>.

die Rechte der Hausangestellten. Brasilien hat weltweit die höchste Zahl von Hausangestellten. Früher arbeiteten diese in einem rechtsfreien Raum des informellen Sektors, der symptomatisch für das soziale postkoloniale Brasilien ist. Die Frauen- und afrobrasilianischen Bewegungen haben gemeinsam mit den Gewerkschaften für Hausangestellte und der Regierung von Rousseff ein Gesetz zum Schutz der Hausangestellten erarbeitet, das in Kraft getreten ist und sich in der Implementationsphase befindet¹⁹.

Gewerkschaftliche Netzwerke gegen die Macht der Transnationalen Konzerne!

Mit Blick auf die neuen Herausforderungen durch die Präsenz transnationaler Konzerne war die Bildung gewerkschaftlicher Netzwerke sehr relevant für Brasilien und kann als Erfolg gewertet werden²⁰. In Brasilien sind vor allem Netzwerke im Bereich der chemischen Industrie entstanden, aber auch im Bausektor mit Hilfe der Globalen Gewerkschaften wie Building and Woodworkers International (BWI).

■ Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Arbeitsmarktsituation

Brasilien befindet sich derzeit in der schlimmsten *wirtschaftlichen Rezession* seit 1931²¹. Für 2016 wird mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 4,3-4,7 % gerechnet, im Vorjahr lag das Minus bereits bei 3,8 %²². Das Defizit des Staatshaushalts liegt 2016 bei 170,5 Milliarden Reais (ca. 48 Millionen Euro)²³, während es 2015 noch bei 115 Milliarden Reais lag²⁴. Die Zinsausgaben zur Tilgung der öffentlichen Schulden sind extrem hoch. Allein in den letzten zwölf Monaten lagen sie bei 450 Milliarden Reais. Das ist fast ein Zehntel des BIP und etwa viermal so hoch wie die jährlichen Ausgaben für das öffentliche Gesundheitssystem.

Internationale Analysten (*The Economist* u.a.²⁵) drängen auf eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben. Diese liegen bei etwa 40 % des BIP und damit sehr viel höher als in den meisten anderen Ländern mittleren Einkommens. Die

19. Organização Internacional do Trabalho (OIT), Escritório no Brasil: »Trabalho domestico no Brasil. Rumo ao reconhecimento institucional«, OIT, Brasília, 2010.

20. Siehe auch den Artikel von Hélio da Costa in dieser Ausgabe.

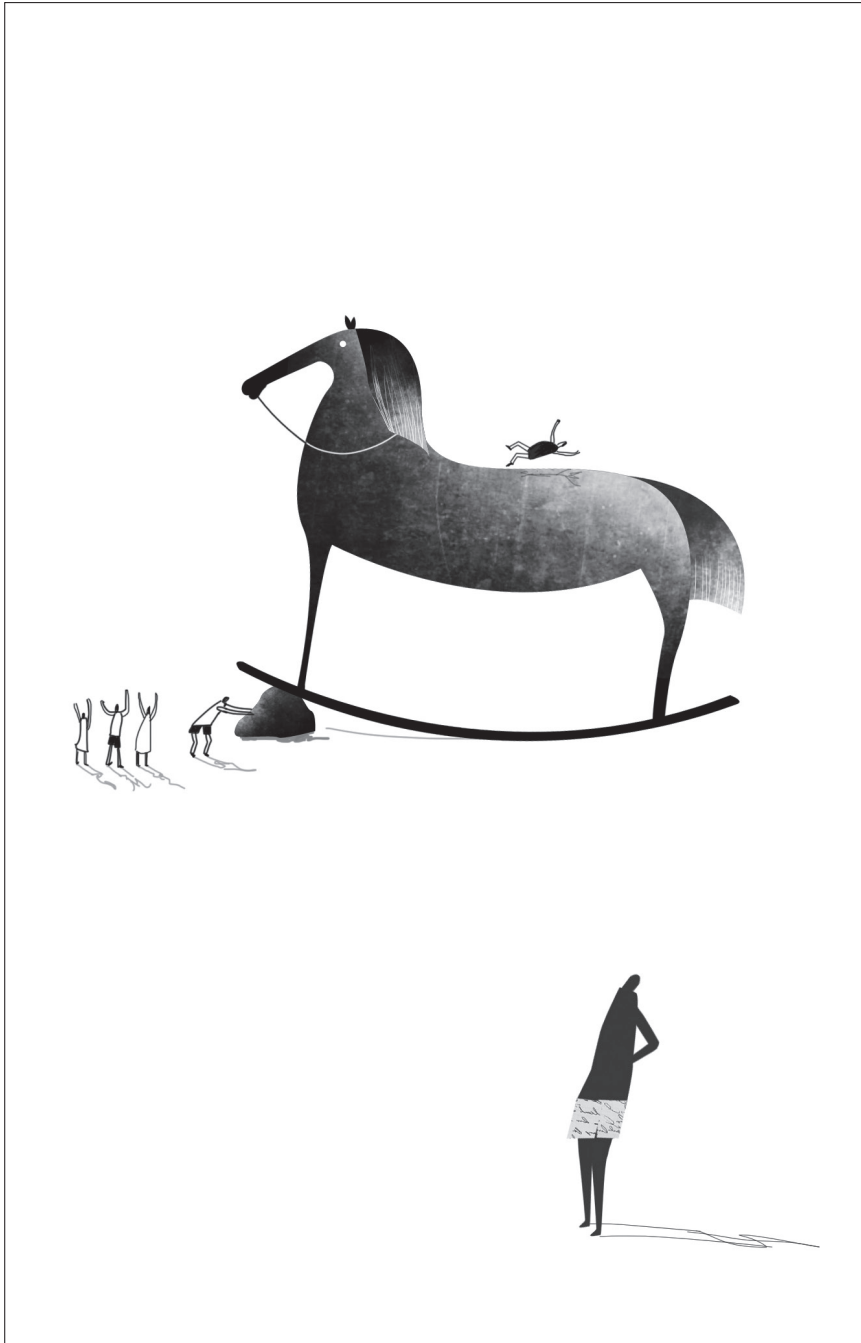
21. K. Rapoza: op. cit.

22. Departamento Intersindical de Estatísticas e Estudos Socioeconomicos (DIEESE): »Proposta das Centrais Sindicais para a reforma da Previdência Social«, Nota Técnica Nr. 163, Oktober 2016, verfügbar unter <www.dieese.org.br/notatecnica/2016/notaTec163Previdencia.pdf>.

23. Ebd.

24. Mariana Schreiber: »Congresso aprova deficit de R\$ 170 bilhões: como governo atingiu rombo recorde?« in *BBC.com*, 25.5.2016.

25. »Brazil's Fall« in *The Economist*, 2.1.2016, S.13-15.



**Die Staatsverschuldung
begann 2014 nach dem
Beginn der zweiten
Amtszeit von Rousseff außer
Kontrolle zu geraten ■**

Staatsverschuldung begann 2014 nach dem Beginn der zweiten Amtszeit von Rousseff außer Kontrolle zu geraten²⁶. Multiple Faktoren trugen dazu bei, darunter eine mangelnde Nachfrage nach brasilianischen Exportgütern, die sinkenden Preise für *commodities* (vor allem Öl, Soja und Eisenerz), aber auch ein Mangel an ausländischen Direktinvestitionen infolge der internationalen Finanzkrise und der vergleichsweise niedrigen Zuwachsraten der chinesischen Volkswirtschaft. Diese Ausgangslage führte in Brasilien zu einem Rückgang des Binnenkonsums. Neben den makroökonomischen Faktoren haben aber auch Missmanagement und Korruption einen Beitrag zur wirtschaftlichen Schieflage geleistet. So explodierten die Kosten für die Stadien²⁷ der Megasporevents Fußballweltmeisterschaft und Olympia. Diese Krise hat den Prozess der »De-Industrialisierung« verstärkt. Der Sektorservice ist stärker als der Industriesektor, was schwerwiegende Folgen auch für die Gewerkschaftsbewegung hat.

Die Entwicklung des *Arbeitsmarktes* ist entsprechend dramatisch: Die Arbeitslosenrate beträgt inzwischen bei 11,6 Millionen Arbeitslosen 11,8 %, die Arbeitslosigkeit hat sich seit 2013 etwa verdoppelt²⁸. Allein in den letzten 12 Monaten sind 1,8 Millionen Menschen mehr in die Arbeitslosigkeit gerutscht (Juni 2016, CUT). Besonders stark betroffen sind junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren, sie machen 40,7 % der Arbeitslosen aus, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 20,9 %²⁹. Dies birgt erheblichen sozialen Sprengstoff.

Alle *Sektoren* sind von der Wirtschaftskrise betroffen. Der Sektorservice (Telekommunikation, Transport, Informatik) befindet sich im konstanten Niedergang und auch in der Landwirtschaft (Agrarprodukte sind Kaffee, Orangen, Zuckerrohr, Soja, Tabak, Mais und Mate) sind die Einbußen stark.

26. Kritik am »Mythos des Defizits« und der Austeritätspolitik unter Ivana Jinkings, Kim Doria und Murilo Cleto (Hg.): *Por que gritamos Golpe? Para entender o impeachment e a crise politica no Brasil*, Boitempo, São Paulo, 2016.

27. Zur Überfinanzierung der Stadien zur Fußballweltmeisterschaft und der Olympischen Spiele gab es viele Berichte, die belegen, dass die Kosten zu hoch waren; dies war auch Teil der ersten Protestwelle, die mehr öffentliche Ausgaben forderte. Vgl. »Custos dos estádios da Copa triplicam desde estimativa inicial« in *UOL Copa*, 27.1.2014, <<http://copadomundo.uol.com.br/noticias/redacao/2014/01/27/custos-dos-estadios-da-copa-triplicam-desde-estimativa-inicial.htm>>.

28. DIEESE: op. cit.; K. Hochstetler: op. cit.; *Folha de S. Paulo*, 30.9.2016.

29. DIEESE: op. cit.

■ Proteste, Impeachment und die Agenda der neuen Regierung

Die sich verschärfende wirtschaftliche Rezession bildete die Grundlage der sich fortlaufend vertiefenden politischen Krise, die im Impeachment am 31. August 2016 von Rousseff einen Höhepunkt erreichte. Hintergrund dafür sind zum einen eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Kongress zu Gunsten rechter und opportunistischer Parteien, zum anderen aber auch die moralische Krise der Politik aufgrund des Korruptionsskandals um den staatlichen Ölkonzern Petrobras. Massenproteste gegen Korruption mündeten im Verlaufe des Jahres 2015 in die Forderung nach Amtsenthebung (Impeachment) der Präsidentin. Unter dem Vorwand, Präsidentin Rousseff habe gegen Haushaltsbestimmungen verstoßen, votierten die beiden Kammern des Kongresses im Frühjahr 2016 zunächst für die Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens. Am 31. August stimmte dann der Senat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für die endgültige Amtsenthebung Rousseffs.

Nach der Amtsenthebung Rousseffs übernahm der bisherige Vizepräsident Michel Temer von der Partei PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro) das Präsidentenamt. Er kündigte einen grundlegenden Politikwechsel an und bildete eine komplett neue Regierung unter Ausschluss der PT. Leitmotiv seiner Regierung ist laut Temer, die »ideologische Politik« der PT-Ära zu beenden und eine wirtschaftsfreundlichere Politik zu betreiben.

Ein grundlegender Wechsel wird auch in der Außenpolitik erwartet. Der neue Außenminister José Serra von der PSDB (Partido da Social Democracia Brasileira) kündigte an, einen besonderen Schwerpunkt auf die Außenwirtschaftspolitik legen zu wollen. Die starke Konzentration der bisherigen Außenpolitik auf den gemeinsamen südamerikanischen Markt, den Mercado Común del Sur (Mercosur) und das lateinamerikanische Regionalbündnis Unión de Naciones Suramericanas (Unasur) soll zugunsten einer Stärkung als strategisch angesehener bilateraler Beziehungen (USA, Argentinien) sowie der Einbindung in andere Wirtschaftsräume und Handelsabkommen zurückgefahren werden.

Beten statt Arbeit und Gesundheit! Der neue Arbeitsminister, Ronaldo Nogueira de Oliveira, ist Teil der konservativen Evangelikalen. Er ist Pastor der »Igreja Evangelica Assembleia de Deus«, einer der sehr reichen und mächtigen Pfingstkirchen des Landes. Während die Arbeiterbewegung Europas in den 1920er Jahren noch »die Seele der Arbeiter_innen« ansprach, so sind es heute die Kirchen und hier insbesondere die Evangelikalen (in den USA, Afrika und Lateinamerika), die diese Rolle der spirituellen Einbindung ärmerer

Gesellschaftsschichten übernehmen. Leider tun sie dies mit einem antiaufklärerischem Habitus, der auf der Ausbeutung der Armen beruht, die als unmündige Bürger_innen in Masseneremonien von ihren gesundheitlichen und sozialen Leiden »befreit« werden – nicht aber im wirklichen Leben durch bessere Gesundheitsdienstleistungen. Dass ausgerechnet der Arbeitsminister der neuen Regierung Teil dieser Bewegung ist, ist ein weiteres Versatzstück in einem rechts-konservativen Kabinett, in dem keine Frau vertreten ist.

Privatisierung, Flexibilisierung und Outsourcing! Innerhalb des Maßnahmenkataloges der neuen Regierung nehmen die legislativen Vorschläge im Bereich der Arbeitsgesetzgebung, der Sozialen Sicherungssysteme und der

Die Regierung Temer plant die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und die Flexibilisierung von Arbeitsverträgen ■

Gewerkschaften eine zentrale Rolle ein³⁰. Die Regierung Temer plant die »Revision« einer Reihe von Gesetzgebungen mit dem Ziel der Privatisierung von öffentlichen Infrastrukturprojekten (Medida provisória n. 727)³¹ und der Flexibilisierung von Arbeitsverträgen (Pl no 427/2015). Zudem liegt im Senat schon seit 2015 ein Geset-

zespaket zum »Outsourcing« vor (PLC no 30/2015), das laut Experten fast alle Kernarbeitsnormen der ILO angreifen würde, sollte es verabschiedet werden. Dieses Paket würde Outsourcing in allen Sektoren und Firmen erlauben, öffentlichen wie privaten. Bisher ist dies nur im Servicesektor, vor allem der Gastronomie und dem Reinigungsservice, zugelassen³². Das Outsourcing kann zudem bislang nur in sekundären Bereichen erfolgen, die nicht die Zieltätigkeit des Unternehmens betreffen. Im primären Produktionsbereich ist dies bis dato unzulässig – bei einer Autofirma beispielsweise kann also nicht die Produktion von Autos ausgelagert werden, wohl aber solche Tätigkeiten wie die Reinigung oder die Kantine. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, wären auch die Arbeitsverträge verhandelbar, d.h. die Aufweichung der geltenden 44-Stunden-Woche und des Achtstundentages wäre individuell »verhandelbar« (derzeit sind maximal bis zu zehn Stunden möglich, diese Überstunden müssen extra gezahlt werden).

30. José Eymard Loguercio: »Cenários para as relações de trabalho no Brasil pos-2016«, FES Brasilien, Oktober 2016.

31. Neben der geplanten Privatisierung von Flughäfen, Straßen u.a. geht es hier um die Ausbeutung riesiger Ölvorkommen in der Tiefsee, genannt »Pre-Sal«. Die staatliche Erdölfirma Petrobras, die tief in die Korruptionsvorwürfe des »Lava Jato« verwickelt ist, wird unter ihrem neuen CEO, Pedro Parente, teilprivatisiert.

32. Derzeit sind 90 % der drei Millionen Angestellten im Reinigungs- und Sicherheitssektor »outgesourcet«. »Trabalho. A quem interessa a terceirização« in *Carta Capital*, 21.9.2016.

Tarifverträge würden aufgelöst und die Einschnitte würden ein sehr negatives Modell für andere Länder in Lateinamerika und weltweit darstellen³³.

Ein neues Fiskalregime für die nächsten 20 Jahre! Ein weiteres Projekt von zentraler Bedeutung für die neue Regierung ist die Rekonfigurierung der staatlichen Ausgaben im Bereich der sozialen Rechte wie Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung (PEC No 241/2016). Und dies, obwohl die Proteste von 2013 deutlich die mangelnde Qualität der öffentlichen Bildungs- und Gesundheitsversorgung anprangerten. Der entsprechende PEC (Proposta de Emenda Constitucional – Änderungen des Verfassungstextes) ist bereits durch das Parlament bestätigt worden, der zweite Durchlauf im Senat wird bei derzeitigen Mehrheitsverhältnissen ebenfalls mit einer Bestätigung enden und damit würde die Verfassungsänderung zugelassen. Der Staatshaushalt kann dann für die nächsten 20 Jahre nur im Verhältnis zur Inflation des Vorjahres erhöht werden, es handelt sich also um eine Art dauerhafte Sparpolitik³⁴.

Rentenreform! Besonders große Aufmerksamkeit erfährt außerdem die Reform der sozialen Sicherungssysteme, vor allem des Rentensystems. Das Rentenalter soll erhöht werden und für Frauen und Männer gleich sein³⁵. Viele Kritiker_innen der hohen Staatsverschuldung Brasiliens fordern die Reform des Rentensystems (so z.B. *The Economist*³⁶). Derzeit allerdings wird befürchtet, dass es nicht zu einer wirklichen Reform kommen wird, sondern zu massiven Einschnitten, die viele Rentner_innen in die Armut drängen wird. Die Fronten zur Rentenreform sind verhärtet, da die CUT und linke Akademiker_innen

33. Marilane Teixeira, Helio de Andrade und Elaine Coelho (Hg.): *Precarização e terceirização. Faces da mesma realidade*, Sindicato dos Químicos, São Paulo, 2016.

34. FES Brasilien (Hg.): *Austeridade e retrocesso - finanças públicas e política fiscal no Brasil*, Fórum, 21 / Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) / GR de Macro da Sociedade Brasileira de Economia Política (SEB) / Plataforma Política Social, São Paulo, 2016.

35. Das derzeitige Rentensystem ist stark ausdifferenziert und geht von unterschiedlichen Arbeitsrealitäten aus, so gilt z.B. für Landarbeiter_innen ein Eintrittsalter von 60 Jahren für Männer und von 55 Jahren für Frauen. Dies sind fünf Jahre weniger als im übrigen privaten Sektor, wo das Renteneintrittsalter bei 65 Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen liegt. Im öffentlichen Sektor liegt das Renteneintrittsalter derzeit bei 60 Jahren für Männer und 55 Jahren für Frauen. Zudem kann man sich auch nach komplexen Formeln der Einzahlungsjahre früher verrenten lassen. Die jetzige Regierung hat noch keinen fertigen Plan vorgelegt, plant im Groben aber eine Vereinfachung des Systems ohne Rücksichtnahme auf die Berufsgruppe und ein Renteneintrittsalter von etwa 65 Jahren für Männer und Frauen. Dies führt zu Kritik, da in Brasilien Arbeit ab 15 Lebensjahren erlaubt ist und viele Menschen auf dem Land noch früher anfangen zu arbeiten.

36. »Constitutionally protected pensions alone now swallow 11.6 % of GDP, a higher proportion than in Japan, whose citizens are a great deal older. By 2014 the government was running a primary deficit (ie, before interest payments) of 32.5 billion reais (\$13.9 billion)«. »Irredeemable?« in *The Economist*, 2.1.2016, S.13, verfügbar unter <www.economist.com/news/briefing/21684778-former-star-emerging-world-faces-lost-decade-irredeemable>.

gegen die Gleichsetzung des Rentenalters für alle Berufskategorien und von Frauen und Männern sind³⁷.

Weniger Sozialprogramme! Auch im Bereich der Sozialprogramme wird gekürzt. Die Zahl der Empfänger_innen von »Bolsa Família« hat sich zwischen 2010 und 2014 um 60 % erhöht und die dafür getätigten Ausgaben lagen 2014 bei 24,7 Milliarden Reais (Ministerium für Soziales und Hungerbekämpfung). Diese Zahl zieht die neue Regierung als Begründung für eine nötige Kürzung der Programme heran, und dies obwohl infolge des Programms die Armut um 28 % reduziert werden konnte und die Kosten nur bei 0,8 % des BIP liegen³⁸. Während die Ausweitung der Programme durch die aktive Suche nach armen Familien und deren Registrierung zur Strategie der Regierung von Rouseff gehörte, will die neue Regierung die Zahl der Empfänger_innen drastisch kürzen. Die Zugangszahlen der Einkommen sollen gesenkt werden; nur die extrem Armen hätten noch Zugang. Im Haushaltsvorschlag für 2017 sind 30 % weniger Mittel für die Sozialprogramme vorgesehen, was zu einer Einsparung von 30 Milliarden BRL führen soll (Ministerio de Planejamento 2016). Ebenfalls werden die Ausgaben im Bereich des *sozialen Wohnungsbaus* massiv um 56,7 %, für eine Agrarreform um 52,6 %, für Programme zur Rassengleichheit um 42,2 % und für Frauen um 40 % gekürzt³⁹. Der Wirtschaftsplan ist in einem Dokument namens »o ponte para o futuro« (Brücke in die Zukunft) dokumentiert, das von der PMDB veröffentlicht wurde. Präsident Temer gab jüngst in einer Rede vor dem Council of the Americas zu, dass das Impeachment durchgeführt werden musste, weil die Regierung Rouseff nicht bereit gewesen sei, diesem Wirtschaftsplan zu folgen⁴⁰.

■ Aktuelle Herausforderungen und Ausblick: Stärkung der gewerkschaftlichen Machtressourcen unter Oppositions-Bedingungen

Die Mehrzahl der Mitglieder der CUT sind auch Mitglieder der PT (etwa 80 %). Dennoch ist die CUT nicht ein »Treibriemen« der PT, ihr Aufbau vollzog sich vielmehr über eine bereits bestehende Gewerkschaftsstruktur, während eine Tradition parteipolitischen Agierens innerhalb der Arbeiterbewegung

37. Denis Gimenez: »Democracia e a previdência social no Brasil« in Gustavo Teixeira Ramos, Hugo Cavalcanti Melo Filho, José Eymard Loguercio und Wilson Ramos Filho: *A classe trabalhadora e a resistência ao golpe de 2016*, Instituto Defesa da Classe Trabalhadora, Curitiba, 2016, S. 68.

38. K. Hochstetler: op. cit., S. 108.

39. Ministerio de Planejamento, 2016, zitiert durch *TheIntercept_Brazil*, <<https://theintercept.com/brasil/>>.

40. »Impeachment aconteceu porque Dilma rejeitou 'Ponte para o futuro', diz Temer« in *TheIntercept_Brazil*, 22.9.2016, <www.youtube.com/watch?v=pp2IGTZ0S4M>.

zunächst nicht vorhanden war. Die Entwicklung der CUT wurde durch den demokratischen Widerstand gegen das Militärregime unterstützt. Während der Amtszeit Lulas und Dilmás, die beide keine linke Wirtschaftspolitik durchsetzten und aufgrund der heterogenen Vielparteienallianz ihrer Regierungen viele Kompromisse eingehen mussten, sah sich die CUT gezwungen, eine Haltung der »kritischen Solidarität« gegenüber der Regierung⁴¹ einzunehmen.

Wegen des derzeitigen Niedergangs der PT besteht die Gefahr, dass die CUT diffamiert wird. Jeden Tag werden neue Vorwürfe gegen führende Politiker_innen der PT erhoben, meist im Zuge der Aufdeckung des Korruptionsskandals »Lava Jato«. Die Polarisierung der Gesellschaft ist enorm und der Hass der Mittel- und Oberschicht auf die PT wird täglich durch die Medien geschürt. Die PT ist der Sündenbock für die Wirtschaftskrise und die Misere der Korruption, auch wenn diese sich durch die gesamte Parteienlandschaft zieht. Es wird sich erst in den kommenden Monaten zeigen, ob und wann der Angriff auf die Gewerkschaften erfolgt. Bereits im Zuge des ersten Korruptionsskandals (des »mensalão«) wurden auch Mitglieder der CUT inhaftiert. Im jüngsten Korruptionsskandal sind die Gewerkschaften jedoch sehr viel weniger im Schussfeld, im Zuge des Rechtsrucks wurden sie bisher eher selten diffamiert. Da die CUT jedoch von den engen Beziehungen zur PT profitierte, wird das Ende dieser Ära auch längerfristig Einfluss auf die bisher größte Gewerkschaftszentrale haben.

Die Polarisierung der Gesellschaft ist enorm und der Hass auf die PT wird täglich durch die Medien geschürt ■

Die Gewerkschaften werden nicht aus dem politischen System Brasiliens verschwinden. Allerdings ist zu erwarten, dass sich die politischen Fronten zwischen den Gewerkschaften verhärten werden. Zudem wird die Regierung die »Reform«-Befürworter unter den Gewerkschaften stärken (in erster Linie Força Sindical) und damit die CUT schwächen, die gegen die dargestellte öffentliche Sparpolitik ist. Die CUT wird in der jetzigen Debatte als »rückständig« dargestellt, gegen den »Modernisierungskurs« der konservativen Regierung gerichtet.

Auf der Agenda der Regierung und damit ein wichtiges Thema für die Gewerkschaften sind bilaterale Handelsabkommen und die Auswirkungen transnationaler Handelsabkommen wie TISA, TTIP und CETA auf Brasilien. Auch in dieser

41. J. Steinhilber und W. Melleiro: op. cit.

Frage werden die Gewerkschaften gespalten argumentieren, da sie entsprechend der Parteienstruktur unterschiedliche Positionen vertreten.

Kritisch gesehen werden muss die mangelnde Bereitschaft der Linken in Brasilien, sich zu erneuern und die Krise auch als Anlass zur Selbstkritik zu nehmen. Die Rhetorik der linken Gewerkschaften ist im Klassenkampf verhaftet, der sicher auch in Brasilien noch aktuell ist – dennoch müssten sie auch kritisch gegenüber Versäumnissen der PT-Regierungen Stellung beziehen und nicht nur den illegitimen Regierungswechsel als solchen verurteilen. Auch müssten sie noch stärker als bisher Vorschläge zu nötigen Reformen machen, um nicht lediglich als Verteidiger des Status quo wahrgenommen zu werden, die sich einer Debatte um Erneuerungen entziehen.

Um in einer zerissenen Gesellschaft Gehör für ihre Anliegen zu finden, muss über neue Formen der Kommunikation und Mitgliedergewinnung nachgedacht werden. Ansprachen per Megafon auf dem LKW sind eine traditionsreiche Form der Mobilisierung, solange die Fabrik zentraler Ort des Protestes ist. In einer zunehmend dezentralisierten Arbeitswelt aber muss über andere Formen des Protestes nachgedacht werden. Da das Streikrecht in Brasilien nach wie vor eingeschränkt ist und die Tarifverhandlungen in der Regel ohne Beteiligung der Gewerkschaften stattfinden, sind die Möglichkeiten der Einflussnahme allerdings beschränkt. Ein rein antikapitalistischer Diskurs wird jedoch nicht reichen, um beispielsweise eine Debatte um arbeitsplatzschaffende Investitionen, Innovationen und die Herausforderungen einer zunehmend digitalen Arbeitswelt anzuregen.

Der Diskurs der Gewerkschaften müsste *einheitlich* auf eine soziale Politik abzielen. Angesichts der derzeit vorherrschenden politischen Spaltung werden die Gewerkschaften keine Diskurshoheit über die Zukunft der Arbeits- und Sozialpolitik erlangen. Nur gemeinsam kann gewerkschaftliche Macht erreicht werden. Dies gilt umso mehr angesichts der Vorherrschaft wirtschaftlicher Lobbygruppen, die mehr und mehr das politische Geschehen lenken und auf eine antipolitische Agenda abzielen. ☒